



Seite 2: Die Waffen nieder!



Seite 4: Jan Korte übergibt 800 Euro-Spende an ESV Lok Güsten



Seite 7: Öffentliche Sprechstunden mit Bianca Görke

DIE LINKE ZEITUNG

03/2022

Spende erbeten

Zeitung der Partei DIE LINKE des Kreisverbandes Salzlandkreis

Die Waffen nieder!



Nein zum Krieg,
nein zum
Völkerrechtsbruch
durch Russland,
für Deeskalation
und Abrüstung.

DIE LINKE.

Angriff auf die Ukraine: Stoppt den Krieg

aus dem Parteivorstand

Putins Truppen greifen die Ukraine an. DIE LINKE stellt sich gegen diesen Angriff. Wir lehnen Krieg als Mittel der Politik ab. Unsere Solidarität gilt den Menschen vor Ort, die schon lange unter dem Kampf um Einflussphären leiden – und nun brutal von den Kampfhandlungen betroffen sind. In den letzten Jahren hat die NATO mit ihrer Aufrüstung und ihren Erweiterungsplänen zur Eskalation beigetragen. Aber: die Anerkennung der »Volksrepubliken« und der Angriff russischer Truppen sind keine »Friedensmission«, sondern völkerrechtswidrig und Akte des Militarismus. Putin hat deutlich gemacht, dass er einen aggressiven Nationalismus vertritt. Dem stellen wir uns entgegen. Sicherheit und Unabhängigkeit der Ukraine müssen

wiederhergestellt werden. Die Menschen dürfen nicht mehr zum Spielball geopolitischer Interessen gemacht werden. Wir müssen aus der Eskalationsspirale ausbrechen – von ihr profitieren nur die Rüstungskonzerne. Es braucht einen Politikwechsel – für gewaltfreie Konfliktlösung, sozialen Ausgleich und grenzübergreifende Kooperation. Daher rufen wir bundesweit zu Protesten auf: Schluss mit der Aufrüstung, die Waffen nieder, Frieden jetzt! Wir fordern:

Die russischen Truppen müssen sofort zurückgezogen werden!

Alle diplomatischen Möglichkeiten müssen zur Deeskalation genutzt werden!

Die Umsetzung des Minsker Abkommens bleibt das Ziel.

Vereinbarung eines militärfreien Sicherheitskorridors an der ukrainisch-russischen Grenze sowie an der Grenze von Russland und NATO-Mitgliedsstaaten.

Geflüchtete schützen – Grenzen auf! Abschiebungen und Pushbacks aus der EU in die Krisenregion müssen sofort gestoppt werden. Solidarische Aufnahme von Kriegsdienstverweigerern.

Eine neue europäische Sicherheitsarchitektur und ein Ende jeder Großmacht-politik!

Die Waffen nieder!

Zum russischen Angriff auf die Ukraine erklären der Landesvorsitzende Stefan Gebhardt und die Fraktionsvorsitzende Eva von Angern:



Die Landtagsfraktion zeigt ihre Solidarität; Foto privat

„Der russische Angriff auf die Ukraine ist ein Verbrechen. Der Bruch des Völkerrechts ist durch nichts zu rechtfertigen. Präsident Putin hat diesen Krieg vorbereitet und eskaliert. Der Krieg ist zurück in Europa – 23 Jahre nach dem Ende des Kosovokrieges. Wir sind in Gedanken bei den Menschen der Ukraine und allen, die dieser Krieg bedroht. Wir fordern die Bundesregierung, die EU und

die UN auf, alles für die Beendigung des Krieges zu tun. Wir fordern die Russische Föderation auf, den Angriff zu stoppen. Ein Flächenbrand in Europa muss verhindert werden. Die Menschen in Russland und in der Ukraine wollen keinen Krieg. Wir wollen keinen Krieg. Auch acht Jahrzehnte nach dem Ende des II. Weltkrieges sind die Toten und das Leid nicht vergessen. Besonders die

Sowjetunion, Ukrainer und Russen, haben einen hohen Preis gezahlt für die Befreiung Deutschlands und Europas. Präsident Putin setzt Geschichte als Waffe ein, wo sie der Versöhnung dienen sollte. Er hat die innerstaatliche Demokratie in Russland mundtot gemacht, streut Desinformation und Angst.“

DIE LINKE verurteilt Angriff auf die Ukraine aufs Schärfste, Russland muss Kampfhandlungen sofort einstellen!

Susanne Hennig-Wellsow, Janine Wissler, Amira Mohamed Ali und Dietmar Bartsch

Zum Angriff Russlands auf die Ukraine erklären die Parteivorsitzenden der Partei DIE LINKE, Susanne Hennig-Wellsow und Janine Wissler und die Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE im Bundestag Amira Mohamed Ali und Dietmar Bartsch:

Die Bombenangriffe und der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine sind eine neue Stufe der Aggression durch Putin, die wir auf das Schärfste verurteilen.

Dieser völkerrechtswidrige Angriffskrieg ist durch nichts zu rechtfertigen. Russland



Amira Mohamed Ali, Dietmar Bartsch, Janine Wissler und Susanne Hennig-Wellsow, ; Foto: privat

muss die Kampfhandlungen sofort einstellen, einem Waffenstillstand zustimmen und an den Verhandlungstisch zurückkehren.

Dies ist die gefährlichste Situation für den Frieden in Europa seit Jahrzehnten.

Die Bundesregierung muss alles Mögliche tun, um eine Eskalationsspirale mit unbekanntem Ende zu verhindern. Eine Sonder-Konferenz der UN unter Einbeziehung Russlands, der Ukraine und aller Nachbarstaaten könnte den Weg an den Verhandlungstisch ermöglichen.

Die Nachbarstaaten dürfen bei der Aufnahme von Geflüchteten nicht alleine gelassen werden.

Wir rufen alle Menschen dazu auf, sich an den zahlreichen Kundgebungen für den Frieden, einen Waffenstillstand und Abrüstung zu beteiligen!

Aufrüstungswahnsinn und Militarisierung können nicht die Antwort sein!

von Jan Korte

Salzlandkreis. Zu den von Bundeskanzler Scholz auf der Sondersitzung des Deutschen Bundestages am 27. Februar verkündeten massiven Aufrüstungsplänen erklärt der anhaltische LINKE-Bundestagsabgeordnete Jan Korte:

„Angesichts riesiger nationaler und internationaler Herausforderungen wäre es absoluter Irrsinn, als aufgeklärtes, demokratisches Land im 21. Jahrhundert einen regelrechten Aufrüstungswahnsinn und Militarismus als Verfassungsziel festzulegen. Wie und von wem soll das finanziert werden? Und wie kann es eigentlich sein, dass eine Bundes-

wehr, die mehr Haushaltsmittel verschlingt als in normalen Jahren die Verkehrs- und Gesundheitsausgaben zusammen, so schlecht aufgestellt ist?“

Scharfe Kritik äußert Korte zu Putins Angriffskrieg: „Mit dem völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine hat Putin offenbart, dass er politisch von vorgestern ist, sein Land verliert dabei auf ganzer Linie. Der Bundestag darf sich der Politik im Affekt, die Scholz, Baerbock und Lindner betreiben, niemals anschließen. Erst recht nicht, wenn man sieht, wie scharf die CDU darauf ist, die historische Verantwortung Deutschlands für eine

friedliche Welt abzustreifen. Die Aufrüstung der Bundeswehr bringt die Ukraine keinen Schritt weiter. Die Bundesregierung muss jetzt alles dafür tun, um die Bemühungen um einen Waffenstillstand und einen Frieden in der Ukraine zu unterstützen.“

Zum Hintergrund: Bundeskanzler Scholz hat angekündigt, ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden EUR für die Bundeswehr aufzulegen und zugleich angekündigt, die Erhöhung des Verteidigungsetats, also die Aufrüstung in Höhe von 2% der deutschen Wirtschaftsleistung, grundgesetzlich verankern zu wollen.

Lichter der Hoffnung - Zum Gedenken an die Verstorbenen der Pandemie

Elke Rehmann - Ortsvorsitzende in Bernburg

Auf Initiative der Bernburger LINKEN Stadtratsfraktion trafen sich Mitglieder verschiedener Parteien, Gewerkschaften sowie dem Bernburger Bündnis für Demokratie und Toleranz zu einem gemeinsamen Gedenken an die 533 an der Corona-Pandemie verstorbenen Opfer im Salzlandkreis. Ca. 60 Teilnehmende folgten dem gemeinsamen Aufruf am 14. Februar und trafen sich mit genügend Kerzen ausgestattet an der Weltzeituhr auf dem Bernburger Karlsplatz. Aber nicht nur den Verstorbenen sollte mit dieser Aktion gedacht werden, es wurde gleichzeitig auch ein Dank für die aufopferungsvolle Arbeit der Ärztinnen und Ärzte, der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen



Lichter der Hoffnung ; Foto: privat

in den Pflegeberufen sowie im Rettungswesen ausgesprochen. Ohne ihren Einsatz wären sicher bedeutend mehr Opfer zu beklagen gewesen.

Friedel Meinecke hielt als Vertreter des DGB und Sprecher des Bernburger Bündnisses eine emotionale Rede, in der er auch darauf hinwies, dass in den wöchentlichen „Spaziergängen“ der Corona-Leugner*innen gegen die geplante Impfpflicht viel Unwahrheiten verbreitet werden, zum großen Teil von Mitgliedern rechtsgerichteter Parteien und Gruppierungen. Dem gilt es geschlossen entgegenzutreten, solidarisch und gemeinsam!

Jan Korte auf Karlsplatz: Steigende Preise und Ukraine-Konflikt im Mittelpunkt der Bürgergespräche

Henriette Krebs

Die höchste Inflationsrate seit drei Jahrzehnten, die auch im Salzlandkreis unzähligen Menschen finanziell zu schaffen macht und die Ukraine-Krise standen im Mittelpunkt des jüngsten öffentlichen Bürgergespräches, zu dem der anhaltische LINKE-Bundestagsabgeordnete Jan Korte auf den Bernburger Karlsplatz einlud.

Korte: „Tanken, Heizen und Lebensmittel müssen für alle Menschen bezahlbar bleiben. Die explodierenden Lebensmittel- und Energiepreise übersteigen alle Renten- und Lohnsteigerungen und führen zu leeren Haushaltskassen bei Familien, Rentnern und vor allem Alleinerziehenden.“



MdB Jan Korte; Foto: privat

Aus Sicht Kortes tut die Ampel-Koalition zu wenig, um den Sorgen der Menschen zu

begegnen. „Der Heizkostenzuschuss ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein, er ist viel zu niedrig und hilft nur einem überschaubaren Kreis an Menschen. Auf die hohen Lebensmittel- und Energiepreise bieten SPD, Grüne und FDP keine zügigen, konkreten und praktikablen Antworten.“

Auch die Ukraine-Krise treibe viele Bernburger um. So machten viele Passanten deutlich, dass sie sich von der Bundespolitik den Einsatz für eine friedliche Konfliktlösung, Deeskalation, Entspannung und das Ende einseitiger Schuldzuweisungen wünschen, fasst Linkspolitiker Korte die Gespräche auf dem Karlsplatz zusammen.

Wahlkreistour: Jan Korte übergibt 800 Euro-Spende an ESV Lok Güsten

Henriette Krebs



v. l. Jan Korte, Lars Lehmann, Ernst-Hermann Brink, Hartmut Kurde und Sabine Wolff; Foto: Henriette Krebs

Auch im neuen Jahr setzen die Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag und ihr anhaltischer Bundestagsabgeordneter Jan Korte die Unterstützung des Ehrenamtes und des Vereinslebens im Salzlandkreis fort.

Zu den jüngst Geförderten gehört mit 800 Euro der Eisenbahnersportverein Lokomotive Güsten e.V.. Der Verein hatte einen Antrag auf finanzielle Unterstützung an den LINKEN-Fraktionsverein gestellt, der positiv beschieden wurde. Anlässlich seiner jüngsten Wahlkreistour machte Jan Korte in Begleitung der Güstener Kommunalpolitiker Lars Lehmann und Ernst-Hermann Brink beim ESV Station und überreichte persönlich den Spendenscheck an den Vereinsvorsitzenden Hartmut

Kurde und die Schatzmeisterin Sabine Wolff.

So betätigen sich im ESV Lok Güsten Jung und Alt sportlich beim Fußball, Tischtennis und Leichtathletik. Wer es dagegen etwas ruhiger mag, der findet auch beim Qigong seinen Platz, wie der Vereinsvorsitzende Kurde verriet. Dank der neuen Spiegelwand, die mit der Spende finanziell unterstützt wurde, können sich die Teilnehmenden beim Qigong als auch beim Tanz nun auf die korrekte Körperhaltung betrachten.

Korte: „Die Corona-Pandemie hat die Vereinsarbeit unzähliger ehrenamtlich Engagierter in Sport, Kultur, Sozialem, der Kinder- und Jugendarbeit erschwert und vor große finanzielle und organisatorische Herausforderungen

gestellt. Umso mehr freut es mich, die Anschaffung der Spiegelwand für den Sportverein unterstützen zu dürfen.“

Zum Hintergrund der Spendentätigkeit: Der „Verein der Bundestagsfraktion DIE LINKE e.V.“ finanziert sich und seine Aktivitäten aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden der LINKEN-Bundestagsabgeordneten. Er wurde gegründet, um vor allem Projekte der Kinder- und Jugendarbeit, der Selbsthilfe, der Freien Wohlfahrtspflege, Kultur und Sport zu fördern. Auch Jan Korte spendet monatlich einen Teil seines Einkommens für den guten Zweck an den Fraktionsverein.

+ + + Ausgewähltes aus dem Landtagsticker + + +

Zur 7. Sitzungsperiode des Landtages standen 23 Themen auf der Tagesordnung, über die am 24. und 25. Februar debattiert und abgestimmt wurde.

Landtag bekräftigt Solidarität mit der Ukraine

Aufgrund des Angriffs von russischen Truppen auf die Ukraine hat sich der Landtag von Sachsen-Anhalt mit einer gemeinsamen Erklärung der fünf demokratischen Fraktionen positioniert. In der Debatte zur Regierungserklärung drückte der europapolitische Sprecher Wulf Gallert seine Erschütterung über den Angriff auf die Ukraine aus und forderte auf, die Perspektive der Menschen einzunehmen und unseren humanistischen Verpflichtungen nachzukommen. Das gelte auch gerade jetzt für die Menschen, die aus der Ukraine fliehen, aber auch für jene Russen, die sich diesem Krieg verweigern. Dies sei ein Akt des Friedens. Zu den Kriegsursachen und Motivation sagte er unter anderem: „Ja, die NATO, der Westen insgesamt hat seit 1990 viele Fehler gemacht. Es gab an vielen Stellen die Möglichkeit, eine solche wiedererstehende bipolare Systemkonfrontation, die es übrigens gar nicht ist, weil die Systeme zumindest ökonomisch gesehen gar nicht mehr so unterschiedlich sind, zu vermeiden. Das wäre möglich gewesen. Dafür, dass das nicht geschehen ist, tragen viele die Verantwortung. [...] Das Motiv für den Überfall auf die Ukraine [ist]: nationalistische, militaristische Großmachtpolitik. Das ist der Hintergrund. Putin hat sehr deutlich gesagt, was er will: Sowjetunion ohne Republiken und ohne Sozialismus. Das ist seine historische Mission, sehr klar. Dass ist das, was übrigens die politische Dimension für uns noch einmal deutlicher macht; denn diese Argumentation kann man nicht nur auf die Ukraine übertragen, sondern faktisch auf jede ehemalige Sowjetrepublik, und zwar ausdrücklich und nur mit der Macht des Stärkeren. Das ist die Ideologie, die diesem Krieg zugrunde liegt. Das ist die zentrale Motivation, um die es hier geht. Das ist die Gefahr.“ Wulf Gallert verwies darauf, dass die Frage nach Reaktionen Europas und der Welt auf Putins Überfall nicht einfach zu beantworten sei, weil der russische Präsident diese auch einkalkuliere und diese ihm als Legitimation und Begründung der nächsten Eskalationsstufe dienen und weil der Präsident die Hand am Atomsprenkopf habe. Das habe er sehr deutlich gesagt. Wulf Gallert schloss mit den Worten: „Lassen Sie uns heute hier ein gemeinsames Signal der Demokraten aussenden für den Frieden, in Verantwortung für das, was wir erleben und was unsere Kinder in der nächsten Generation erleben.“

Wortlaut des Beschlusses:

„Solidarität mit der Ukraine, Völkerrechtsbruch durch Russland verurteilen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag von Sachsen-Anhalt verurteilt den Völkerrechtsbruch Russlands. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine ist durch nichts zu rechtfertigen. Die Inkaufnahme von Toten, das Leid der Zivilbevölkerung in der Ukraine, die Zerstörung der Infrastruktur des Landes wird von der Putin-Administration als Preis einer großrussischen nationalistischen Ideologie in Kauf genommen. Der Landtag von Sachsen-Anhalt erklärt seine Solidarität mit der Ukraine und steht an der Seite der Menschen, die durch diesen Krieg bedroht werden. Wir fordern die Bundesregierung, die EU und die UN auf, alles zu tun, um den Krieg zu stoppen und einen Flächenbrand in Europa zu verhindern. Wir wenden uns auch an die Bevölkerung Russlands, die im Zweiten Weltkrieg genauso wie alle Völker unendliches Leid erfahren musste: Wenden Sie sich gegen diesen Krieg, in dem es keine Gewinner geben kann. Stoppen Sie diesen Präsidenten und seine Erfüllungsgehilfen!“

Menschen von steigenden Energiepreisen entlasten

Aufgrund der weiteren drastischen Preissteigerungen für Strom, Heizung, Kraftstoffe aber auch für Lebensmittel leiden viele Verbraucher*innen und Verbraucher unter hohen Lebenshaltungskosten. Die Inflationsrate liege so hoch wie seit 1993 nicht mehr, formuliert die Fraktion DIE LINKE in ihrem Antrag. Die Teuerungen stellten auch insbesondere kleine und mittlere Unternehmen in Sachsen-Anhalt vor massive Probleme. Die von der Bundesregierung angekündigten Maßnahmen reichen nach unserer Ansicht bei weitem nicht aus, um die prekäre Situation insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen und Sozialleistungsempfänger zu mildern.

Kerstin Eisenreich, Sprecherin für Energie und Verbraucherschutz sagte in ihrer Einbringungsrede: „Für ca. 20 Prozent der Menschen in Sachsen-Anhalt ist die Situation besonders dramatisch. Diese gelten aufgrund ihres geringen Einkommens als arm. Während immer mehr Menschen prekär leben, füllen sich Eigentümer von Lidl, Aldi und Co. die Taschen mit riesigen Profiten. Hier muss endlich eine Umverteilung passieren, damit die Menschen, die am meisten unter den hohen Preisen leiden, endlich eine gerechte Unterstützung erfahren.“ Sie forderte die Landesregierung auf, sich auf der Bundesebene für weitergehende Maßnahmen einzusetzen. Denn weder die bisher angekündigte Einmalzahlung des Heizkostenzuschusses noch die jetzt versprochene Einmalzahlung eines Corona-Zuschusses für besonders Bedürftige von 100 Euro könnten die Not tatsächlich lindern. „Noch dazu werden die Auszahlungen frühestens im Sommer beginnen. Die Probleme der Menschen sind aber jetzt akut! [...] Wir fordern für alle, deren Einkommen unter der Armutrisikoschwelle

liegt, einen Sofortzuschuss von 200 Euro pro Person.“ Sie skandalisierte die kürzliche Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatz um drei Euro und forderte mittelfristig mindestens 658 Euro. Kurzfristig sollten sowohl die Sätze für Arbeitslosengeld II als auch Grundsicherung wenigstens um die Höhe der Inflationsrate erhöht werden. Wohngeldanpassung, die vollständige Übernahme des CO₂-Preises durch die Vermieter*innen als Anreiz zur Umstellung auf erneuerbare Energien, statt Erhöhung der Pendlerpauschale ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld, unabhängig vom genutzten Verkehrsmittel für alle Pendler*innen, sind weitere Forderungen des Antrages. Auch für die kleinen und mittleren Unternehmen, die Grundlage der Wirtschaft im Land, fordert DIE LINKE mehr Unterstützung von Bund und Land ein. Neben den nunmehr vorgeschlagenen Steuererleichterungen und Verlängerung von Kurzarbeitergeld müsse Sachsen-Anhalt diesen Unternehmen Unterstützung bei der derzeitigen Kostenbewältigung und auch die Chance geben, ihre Wirtschaftsweise hin zu mehr Effizienz, Ressourcen- und Energieschonung umzustellen. Förderprogramme zur energetischen Sanierung und Modernisierung müssten fortgesetzt, Strompreise stärker überwacht und ein schärferes Kartellrecht im Bereich von Strom, Gas und Öl durchgesetzt werden. Zugleich müsse der Ausbau erneuerbarer Energien stärker dezentral passieren und damit einhergehen, dass die Menschen unmittelbar vor Ort direkt davon profitieren. Parallel dazu müssen die für die Daseinsvorsorge notwendigen Strom- und Wärmenetze in öffentliche Hand überführt und stärker demokratisch kontrolliert werden.“

Der Antrag wurde zur Beratung in die Fachausschüsse überwiesen.

Bäume pflanzen für den Klimaschutz

Mit der Aufnahme des Klimaschutzes als Staatsziel in die Landesverfassung, hat sich auch der Landtag, der selbst jährlich schätzungsweise 695 Tonnen Kohlendioxid ausstößt, verpflichtet, den eigenen CO₂-Fußabdruck zu verringern. Dazu werden jährlich Gelder als CO₂-Kompensation an verschiedene Klimaschutzprojekte ausgereicht. Für 2021 wurden 14.600 Euro im Ältestenrat festgelegt, die an die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald gingen und mit denen insgesamt 4,7 ha Wald in diesem Frühjahr wieder bewaldet werden. Am 26. Februar fand im Außenwald des Dessau-Wörlitzer Gartenreiches eine gemeinsame Pflanzaktion zur Wiederaufforstung einer abgestorbenen Waldfläche mit Stieleichen und Flatterulmen statt.

Energiepreise senken – Menschen und Unternehmen entlasten

In der Diskussion um die hohen Energiepreise betont die energiepolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Kerstin Eisenreich:

„Ausgehend von den extremen Preisanstiegen bei Energie und daraus folgenden Preiserhöhungen bei Strom, Heizung und auch Kraftstoffen sind die Preiserhöhungen längst bei den allgemeinen Lebenshaltungskosten angekommen. Die Teuerungsrate von 6 Prozent im Dezember können sich viele Menschen nicht mehr leisten. Für ca. 20 Prozent der Menschen in Sachsen-Anhalt ist die Situation besonders dramatisch. Diese gelten aufgrund ihres geringen Einkommens als arm. Während immer mehr Menschen prekär leben, füllen sich Eigentümer von Lidl, Aldi und co. die Taschen mit riesigen Profiten. Hier muss endlich eine Umverteilung passieren, damit die Menschen, die am meisten unter den hohen Preisen leiden, endlich eine gerechte Unterstützung erfahren.“

Deshalb fordert die Fraktion DIE LINKE weitergehende Maßnahmen. Die Landesregierung muss sich auf Bundesebene dafür stark machen. Denn weder die bisher angekündigte Einmalzahlung des Heizkostenzuschusses noch die jetzt versprochene Einmalzahlung eines Corona-Zuschusses für besonders Bedürftige von 100 Euro können die Not tatsächlich lindern. Noch dazu werden die Auszahlungen frühestens im Sommer beginnen. Die Probleme der Menschen sind aber jetzt akut! Sozialverbände fordern für einen durchschnittlichen Haushalt 500 Euro mehr für Energie. Wir fordern für alle, deren Einkommen unter



Kerstin Eisenreich; Foto: privat

der Armutsrisikoschwelle liegt, einen Sofortzuschuss von 200 Euro pro Person. Mittelfristig müssen Sozialleistungen erhöht werden. Wenigstens 658 Euro ist das Minimum für den Hartz-IV-Regelsatz. Vor diesem Hintergrund ist die bisherige Erhöhung um 3 Euro ein Skandal!

Für die kurzfristige Unterstützung fordern wir, dass sowohl die Sätze für Arbeitslosengeld II als auch Grundsicherung wenigstens um die Höhe der Inflationsrate erhöht werden. Gleichzeitig muss das Wohngeld angepasst werden. Die Vermieter*innen sollen den CO₂-Preis auf Heizen von Wohnungen komplett

übernehmen, um ihnen damit auch einen Anreiz zur Umstellung auf erneuerbare Energien zu geben. Wir fordern ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld, dass unabhängig vom genutzten Verkehrsmittel für alle Pendler*innen den gleichen Betrag pro gefahrenem Kilometer auszahlt.

Es sind die kleinen und mittleren Unternehmen die wichtigste wirtschaftliche Grundlage im Land. Sie brauchen dringend mehr Unterstützung von Bund und Land. Erste Ansätze finden sich in den vorgeschlagenen Steuererleichterungen und Verlängerung von Kurzarbeitergeld. Aber wir müssen diesen Unternehmen Unterstützung bei der derzeitigen Kostenbewältigung und auch die Chance geben, ihre Wirtschaftsweise hin zu mehr Effizienz, Ressourcen- und Energieschonung umzustellen. Wir fordern daher, dass Förderprogramme zur energetischen Sanierung und Modernisierung fortgesetzt werden. Außerdem brauchen wir eine stärkere Überwachung der Strompreise und ein schärferes Kartellrecht im Bereich von Strom, Gas und Öl. Der Ausbau erneuerbarer Energien muss stärker dezentral passieren und damit einhergehen, dass die Menschen unmittelbar vor Ort direkt davon profitieren. Parallel dazu müssen die für die Daseinsvorsorge notwendigen Strom- und Wärmenetze in öffentliche Hand überführt und stärker demokratisch kontrolliert werden.“

Zwei Jahre nach dem Anschlag in Hanau – Das Problem heißt Rassismus entlasten

Janine Wissler

Am 19. Februar 2020 wurden in Hanau mehrere Menschen von einem Rechtsterroristen ermordet. Janine Wissler, Vorsitzende der Partei DIE LINKE, erklärt zum Jahrestag:

»Am kommenden Samstag ist es genau zwei Jahre her, dass neun Menschen in Hanau aus rassistischen Motiven ermordet wurden. Wir trauern um Ferhat Unvar, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Vili Viorel Păun, Mercedes Kierpacz, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu, Sedat Gürbüz und Gökhan Gültekin. Wir denken an die vielen Traumatisierten und Verletzten. Wir stehen mit ihren Angehörigen und ihrem Kampf für Aufklärung und Konsequenzen.“

Dass wir von der Untätigkeit der Behörden hinsichtlich des Waffenbesitzes des Täters oder dem völlig unangemessenen Umgang der Polizei mit den Angehörigen der Opfer wissen, ist vor allem dem Engagement eben dieser Angehörigen und ihrer Unterstützer*innen zu



Janine Wissler; Foto: privat

verdanken.

Hanau war kein Einzelfall. Der NSU, der Anschlag in München, der Anschlag in Halle, der Mord an Walter Lübcke, all das hat längst gezeigt, wie groß die Gefahr durch Rechtsterrorismus ist. Rassistischer Terror fordert seit

Jahren Opfer und seit Jahren wird in diesem Land zu wenig dagegen getan. Mit der AfD sitzen seine geistigen Brandstifter sogar im Bundestag.

Dabei wissen wir, was politisch passieren muss: Es muss Schluss sein mit dem Gerede von Einzelfällen und Einzeltätern. Und wir müssen den strukturellen, den alltäglichen Rassismus auf allen gesellschaftlichen Ebenen und auch in staatlichen Institutionen bekämpfen.

Antifaschistischer Protest und Aufklärung gegen rechts kommen aus der Zivilgesellschaft und dürfen nicht mehr kriminalisiert werden.

Die Opfer von Hanau sind nicht vergessen. Ihre Angehörigen fordern zu Recht: »Hanau darf keine weitere Station des rechten Terrors sein, Hanau muss die Endstation sein.«

Die DDR und die Friedensfahrt Teil 10 (1978-1980) Dominante UdSSR

Uwe Käthner

Auch 1978 ist die UdSSR mit Doppelsiegen nicht zu schlagen. In Berlin startet die DDR erst mal stark, Andreas Petermann gewinnt den Prolog und fährt die ersten zwei Etappen in Gelb, so auch unser Team in Blau. Auf der dritten Etappe mit Ziel in Suhl holte Siegbert Schmeißer den einzigen Etappensieg für die DDR und fährt 4 Etappen in Gelb. Aber mit dem Sieg auf der 7. Etappe holt sich Alexander Awerin das gelbe Trikot und verteidigt dieses bis Warschau vor Sacharow, eben falls UdSSR. Am Ende wurde H.J. Hartnick bester DDR-Fahrer auf Platz 4. In der Teamwertung erreichte unser Team erneut Platz 2 hinter der UdSSR. Bemerkenswert der erste Etappensieg für Kuba durch Cardet. Als neues Trikot wurde das Weiße für den punktbesten Fahrer (Platzziffer addiert) eingeführt, welches der Vorjahressieger Aavo Pikkuus eroberte. Sergej Suchorutschenkow als überragender Bergfahrer dominierte 1979 mit großem Vorsprung diese Tour. Bemerkenswert ist auch der 7. Platz des Bulgaren Nentscho Staikow 1n der Gesamtwertung, der die erste Etappe gewinnen konnte und so zwei Etappen in Gelb führte. Bernd Drogan war der König im Zeitfahren, beide Zeitfahretappen und die Zielankunft in Berlin brachten ihm 3 Etappensiege. In der Gesamtwertung aber war Andreas Peter-



Plakat der 33. Internationalen Friedensfahrt; Foto: privat

mann unser Bester als Zweiter, in der Teamwertung wurde die DDR dieses Mal hinter der UdSSR

und Polen dritter. Die DDR startete 1980 mit drei Neulingen, aber bemerkenswert, Olaf Ludwig konnte 4 Etappen, darunter ein Zeitfahren und ein Bergzeitfahren gewinnen, auf 4 Etappen in Gelb gewann er Violett, Weiß und Rosa. Auf der 5. Etappe war die DDR in Blau, am Ende hinter der UdSSR zweiter. Olaf Ludwig wurde als 20-jähriger auf dieser Tour 3., nur Juri Barinow aus der UdSSR und Winnen (Nld) waren besser. Bemerkenswert war das Zeitfahren in Halle über 40 km Sieger Ludwig vor Löttsch, Drogan und Hartnick vor allen anderen, Petermann auch noch Platz 6, unser schlechtester Zeitfahrer war Thomas Barth auf dem 9. Platz.

1978:	1. Awerin(UdSSR)
	4. H.J. Hartnick
Team:	1. UdSSR
	2. DDR
1979:	1. Suchoruschenkow(UdSSR)
	2. Andreas Petermann
Team:	1. UdSSR
	3. DDR
1980:	1. Barinow(UdSSR)
	3. Olaf Ludwig
Team:	1. UdSSR
	2. DDR

Öffentliche Sprechstunden: Bürgermeisterkandidatin Bianca Görke führte in den Winterferien öffentliche Sprechstunden durch

Klaus Magenheimer – Vorsitzender der Staßfurter Ratsfraktion

Die Nachmittage nutzte sie, um sich mit Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern in den einzelnen Ortsteilen vertraut zu machen.

Der erste Termin in Hohenerxleben hatte die Suche nach Unterstützung der Bemühungen des Heimatvereins zum Inhalt, Projekte der Traditionspflege zu ermöglichen. Den umfangreichen Vorstellungen stehen aber finanzielle Forderungen der Stadt im Wege, diese kann der Verein nicht aufbringen. Über den Fachausschuss Kultur will sie um Lösungen ringen.

In Rathmannsdorf kam vor allem die schlechte Radweganbindung des Liethehofes ins Gespräch. Der Radweg nach Güsten ist in einem solchen schlechten Zustand, dass manche Radfahrerinnen und Radfahrer den gefährlichen Ausweg über die Benutzung der Kreisstraße wählen. Für Veränderungen wird sie sich als Mitglied des zuständigen Fachausschusses im Kreistag bemühen. In Glöthe stoßen die Bereitschaft des Heimatvereins für eine eigenständige Grüngutannahmestelle für den Ort, beim Kreiswirtschaftsbetrieb auf ablehnende Haltung. Hier hat sie die entspre-



v.l. Stefan Deutschmann, Klaus Magenheimer, Bianca Görke; Foto: privat

chenden Gremien zur Stellungnahme gebeten. In Förderstedt wurde von Bürgern kritisiert, obwohl sie schon jahrelang wiederkehrende Straßenausbaubeiträge bezahlen, hat sich an ihren Straßenverhältnissen nichts verbessert. Bei Straßenbegehungen wurden Versprechungen getätigt, aber bisher nichts verwirklicht. Selbst Reparaturen würden hier schon erste Abhilfe schaffen. Als Mitglied des Betriebsausschusses

des Stadtpflegebetriebes möchte sie die Veränderungen im Sinne der Anlieger auf den Weg bringen.

Bei Begegnungen in Staßfurt kam vor allem die momentane unbefriedigende Situation der Kinderbetreuung zur Sprache. Vertreterinnen des Elternkuratorium der Kita „Bergmännchen“ kritisierten den Stillstand um die Entwicklung ihrer Einrichtung und baten um Einbeziehung in die vorgesehene Fachtagung.

In großer Gesprächsrunde in Löderburg spürte man den Unmut über die gegenwärtige Situation in der Kindertagesstätte. Man erwartet dort endlich Ergebnisse für die generelle Lösung in dieser Einrichtung. Das gleiche trifft auf die seit langem geschlossene Sporthalle zu. Ihre Schließung hat auch

einen großen Einfluss auf die weitere Existenz der Vereine im Ort. In Neundorf standen der perspektivische Umgang mit den Kleingartenanlagen, die altersspezifische Nutzung des Jugendklubs und Nutzungsideen für das Rathaus im Mittelpunkt des Gespräches mit dem Ortsbürgermeister.

Kreisvorstand und Redaktion gratulieren herzlich

Zum 92. Geburtstag
Christa Bust

Zum 89. Geburtstag
Vera Näther

Zum 86. Geburtstag
Marianne Kinsky
Ingrid Schmerwitz

Zum 65. Geburtstag: Hedda
Scheunemann
Reinhard Käsebieer
Heinz Weinert

Zum 60. Geburtstag:
Kerstin Lorenz
Udo Rostalski



graphic designed by photographeesia / Freepik

Wir gratulieren auch allen anderen Mitgliedern unseres Kreisverbandes, die im Februar Geburtstag haben.

Nachruf

In stillem Gedenken
Josef Braun

OV Staßfurt
Kreisvorstand

graphic designed by asrulaqroni / Freepik

Zur Unterstützung unserer **Wahlkämpfer*innen** bei den **Bürgermeisterwahlen in Staßfurt und Güsten** bitten wir um **Spenden**.

Spendenkonto:

IBAN: DE 08 800 555 000 370 044 231
Vielen Dank für Ihre Unterstützung im Voraus!

Mailverteiler des Kreisverbandes

Ergänzend zur LINKEN Zeitung gibt regelmäßig Informationen zu aktuellen Entwicklungen per E-Mail. Bei Interesse am Verteiler des Kreisverbandes schickt uns bitte eure Mail-Adresse an **dielinke-slk@t-online.de**

Aufruf zur Mitarbeit!

DIE LINKE Zeitung sucht ständig Artikel aus allen Regionen des Salzlandkreises. Außerdem freuen wir uns über weitere Mitstreiterinnen und Mitstreiter für die Redaktionsarbeit. Der Kontakt befindet sich unten.

DIE LINKE.
Kreisverband Salzlandkreis

Einladung zur 20. Kreisversammlung: Am 26. März trifft sich der Kreisverband in Staßfurt, um u.a. einen neuen Kreisvorstand zu wählen. Wir freuen uns auf viele Genossinnen und Genossen aus dem ganzen Kreis. Los geht es um 10 Uhr im Saal der Stadtwerke (Athenslebener Weg 15). Alle Unterlagen und weitere Informationen gab es bereits in der Februarausgabe der LINKEN Zeitung, die ihr natürlich auch auf der Homepage des Kreisverbandes findet.



Linkes Familienfest in Staßfurt

Die **Bürgermeisterkandidatin Bianca Görke** und unser **Bundestagsabgeordneter Jan Korte** laden am **18. März 2022** in der Zeit von **15.00 bis 18.00 Uhr** zur **Wahlkampfveranstaltung** auf den **staßfurter Sperlingsberg** ein.

Der **Bundestagsabgeordnete Dr. Gregor Gysi** wird als **Hauptredner** erwartet.

Seine **Teilnahme** angesagt hat auch die **Radsportlegende „Täve“ Schur**.

Musik gibt`s vom Genossen **Andi Schneidewind**.



Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE. Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-slk@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :

Andreas Schneidewind (V.i.S.d.P),
Klaus Magenheimer
Ernst-Hermann Brink
Henriette Krebs

Satz + Layout:

Karsten Noack

Druck:

Saxoprint

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktionsschluss eingegangenen Artikeln kann die Veröffentlichung nicht garantiert werden.

Einsendeschluss für die nächste DLZ ist der 01. April 2022.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 04. März 2022.

Aktuelle Informationen zur Arbeit im Kreisverband gibt es auf:
www.dielinke-salzlandkreis.de

ClimatePartner^o Die Linke Zeitung wurde klimaneutral
klimaneutral auf Recyclingpapier gedruckt.
Druck E ID 11191-1701-1701